

CETA bedroht Umwelt- und Verbraucherschutz in der EU

Das Vorsorgeprinzip bleibt bei CETA auf der Strecke

CETA ist der „kleine Bruder“ von TTIP: Während das umstrittene Transatlantische Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU aktuell verhandelt wird, ist das Handelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada bereits fertig ausgehandelt. CETA gefährdet genauso wie TTIP Umwelt- und Verbraucherstandards und unterwandert unsere demokratischen Strukturen. Greenpeace fordert deshalb, nicht nur TTIP, sondern auch CETA zu stoppen.

Das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) wurde von 2009 bis 2014 zwischen der EU und Kanada verhandelt. Sein Ziel: den Handel mit Gütern und Dienstleistungen sowie transatlantische Investitionen so weit wie möglich liberalisieren. Beim Handel mit Gütern und Dienstleistungen geht es nicht nur um Zölle, sondern auch um sogenannte „nichttarifäre Handelshemmnisse“. Dahinter verbirgt sich die Angleichung von unterschiedlichen Standards, zu denen auch Regelungen im Umwelt-, Verbraucher- oder Arbeitnehmerschutz zählen. Diese sollen als „Handelshemmnisse“ abgebaut werden.

CETA ist fertig verhandelt und soll 2016 endgültig verabschiedet werden. Europäischer Rat und Europäisches Parlament müssen ihm zustimmen. Anschließend stimmen alle Parlamente der EU-Mitgliedsstaaten über das Abkommen ab. Noch ist strittig ob in Deutschland neben dem Bundestag auch der Bundesrat entscheiden muss. Offen ist zudem ob Teile des Abkommens, die ausschließlich in die Zuständigkeit der EU fallen, vorläufig angewendet werden. Obwohl diese Praxis umstritten ist, könnten diese Teile des Handelsvertrags schon vor Zustimmung

der EU-Mitgliedsstaaten in Kraft gesetzt werden. Nachdem die Verhandlungen 2014 abgeschlossen wurden, sind nach öffentlichem Druck im Rahmen der Rechtsförmlichkeitsprüfung Ende 2015/Anfang 2016 wurden noch einmal Änderungen am CETA-Text vorgenommen worden. Dies betraf vor allem die bis dahin vorgesehene private Streitschlichtung (ISDS).

Streitschlichtung in CETA

Hinter der Bezeichnung Investor-Staat-Streitschlichtungsmechanismus (ISDS) verbirgt sich das Recht ausländischer Unternehmen, vor privaten Schiedsgerichten Klage gegen Staaten zu erheben, wenn sie ihre Investitionen durch staatliche Maßnahmen gefährdet sehen.

Dieser Mechanismus wurde in der neuen Fassung von CETA vom Februar 2016 neu gestaltet. Er heißt jetzt ICS (Investment Court System) und basiert auf einer bilateralen Schiedsinstanz mit 15 Streitschlichtern, von denen für jeden Fall je drei ausgewählt werden. Geplant ist eine Berufungsinstanz. Die Streitschlichter werden jedoch nur temporär eingesetzt und abhängig von der Streitsumme und Länge des Verfahrens bezahlt. Dies beeinträchtigt erheblich ihre Unabhängigkeit. Es wird eine Paralleljustiz geschaffen, die nur von ausländischen Unternehmen angerufen werden kann. Schadenersatzforderungen aus Steuergeldern in Milliardenhöhe wären auch nach einem neuen System möglich und wahrscheinlich. Das neue ICS-System erfüllt lediglich eines von 15 Kriterien, die das Europäische Parlament im Juli 2015 als Anforderungen an das neue System aufgestellt hatte. Zum Beispiel kann ein ausländisches Unternehmen einen Staat bereits auf Schadensersatz verklagen, wenn es sich

nicht „gerecht und billig“ (fair and equitable FET) behandelt sieht.

Fracking

Ein Beispiel für eine Schadenersatzklage: Das in Europa umstrittene Fracking-Verfahren. Kanada wurde 2013 vom kanadischen Energiekonzern Lone Pine Resources über eine Tochterfirma in den USA im Rahmen des nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA verklagt. Die Provinz Quebec hatte 2013 ein Moratorium auf Fracking verhängt. Der Energiekonzern fordert 250 Millionen US-Dollar, da ein solches Moratorium eine „willkürliche und illegale Aberkennung ihres geltenden Rechts, Öl und Gas zu fördern“ sei.¹

Fracking birgt große Risiken für Umwelt und Klima, hat für die kanadische Wirtschaft aber große Bedeutung. Nachdem US-Präsident Obama den Bau der Keystone XL Pipeline nach Texas gestoppt hatte, ist für Kanada besonders der Export nach Europa per Schiff interessant.

Chill-Effekt und Klimagefahr

CETA ist noch nicht ratifiziert, doch es zeigt schon Wirkung. Es verzögert bereits geplante Gesetze: Die EU-Richtlinie 2009/30/EG liegt auf Eis.² Diese Richtlinie regelt die Kraftstoffqualität in der EU und berücksichtigt dabei die Treibhausgasemissionen. Kanada produziert Kraftstoff aus Teersanden, deren Förderung mit großen Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen verbunden ist. Der Abbau von Teersanden setzt nicht nur enorme Mengen CO₂ frei, sondern auch Gifte wie Cadmium, Arsen und Quecksilber, zerstört große Waldflächen und verbraucht sehr viel Wasser. Dass alles schädigt Menschen und Tiere massiv. Wegen der kohlenstoffintensiven Gewinnung hätte aus Teersanden gewonnenes Öl einen

deutlich höheren Treibhausgas-Wert als herkömmliches Rohöl. Kanada verfügt über sehr große Teersandvorkommen. Mit der EU-Richtlinie 2009/30/EG würden die Öl Importe nach Europa aber behindert werden. Deshalb wird eine entsprechende Richtlinienerweiterung auf Druck der kanadischen Öl-Lobby derzeit nicht weiter verfolgt.³

Gentechnik und Hormonfleisch

Auch bei der Kennzeichnung von Produkten, die von geklonten Tieren stammen oder von Tieren, die mit Gentechnik-Pflanzen gefüttert wurden, setzt die EU ihre vorgesehenen Regeln nicht um. Obwohl das EU-Parlament eine solche Kennzeichnung beschlossen hat, wurde eine entsprechende Regelung noch nicht auf den Weg gebracht. Denn diese könnte ein Handelshemmnis darstellen⁴, da in Kanada gentechnisch veränderte Produkte nicht gekennzeichnet werden müssen.⁵ Dort findet kaum eine Risikobewertung statt, wohingegen Zulassungsverfahren in der EU viel strengeren Regularien unterliegen in Bezug auf Anbau, Kennzeichnungspflicht und Gesetzgebung.

Der Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen ist für Kanada von großer Bedeutung. 11 Millionen Hektar werden damit bestellt, damit hat Kanada weltweit die fünfgrößte Anbaufläche⁶.

Vorsorgeprinzip in Gefahr

Die Vereinbarung durch CETA, gemeinsame Standards zu entwickeln⁷, bedroht

¹ <http://content.sierraclub.org/press-releases/2013/10/lone-pine-resources-files-outrageous-nafta-lawsuit-against-fracking-ban>

² <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2009:14:0:0088:0113:DE:PDF>

³ Siehe Dirty Deals, <https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/report-dirty-deals>

⁴ Nicht öffentliches Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags, EU-Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus GVO gefütterten Tieren, PE 6 – 3000 – 141/14, 15. August 2014, geleakt von Powershift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V., 19.11.2014.

⁵ <http://www.fda.gov/Food/GuidanceRegulation/GuidanceDocumentsRegulatoryInformation/ucm059098.htm>

⁶ <http://www.keine-gentechnik.de/dossiers/anbaustatistiken/#c191>

⁷ CETA, Article 21.3: Objectives of regulatory cooperation, S. 174.

die hohen EU-Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz. Die Förderung des Handels steht klar im Fokus des Abkommens, Umwelt- und Verbraucherschutz stehen hinten an. Das in der EU fest verankerte Vorsorgeprinzip, das erlaubt, auch bei unsicherer Wissenslage vorbeugend Gesetze gegen mögliche Schäden zu erlassen, wird weder in Kanada noch in den USA angewandt. Es wird in CETA zwar erwähnt, ist aber nicht einklagbar. Das Vorsorgeprinzip „(...) wird seine herausragende Rolle in Zusammenhang mit Sicherung der Lebensmittelsicherheit und des Umweltschutzes einbüßen.“⁸

TTIP durch die Hintertür

Das Handelsabkommen TTIP zwischen den USA und der EU ist hoch umstritten. CETA wurde dagegen fast unbemerkt von der Öffentlichkeit ausgehandelt. Sollte CETA in Kraft treten, wäre es auch US-amerikanischen Firmen möglich, über ihre kanadischen Tochterfirmen gegen europäische Staaten zu klagen, zum Beispiel wegen Umweltschutzaufgaben. Und das, selbst wenn TTIP gar nicht zustande käme. Über 41.000 jetzt schon in der EU tätige US-Unternehmen hätten bei Vertragsunterzeichnung die Möglichkeit so eine Klage vorzubringen.

Greenpeace fordert:

- Keine Ratifizierung von CETA
- Stopp der TTIP-Verhandlungen

Handelsabkommen müssen u.a. folgende Kriterien erfüllen:

- Einhaltung des Vorsorgeprinzips
- Bewahrung und Weiterentwicklung der höchsten Umwelt- und Verbraucherstandards
- Keine regulatorische Kooperation
- Keine private Streitschlichtung (ISDS/ICS)

- Beteiligung der nationalen Parlamente
- Transparente Verhandlungen

Wichtige Quellen (mit Links):

- Then, Christoph: Wer CETA und TTIP sät, wird Gentechnik ernten, April 2016:
<https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/wer-ttip-und-ceta-saet-wird-gentechnik-ernten>
- Dirty Deals (2014):
<https://www.greenpeace.de/presse/publikationen/report-dirty-deals>
- Greenpeace-Positionspapier: "Aus einem Raubtier wird keine Schmuskatze" 19.02.2016 | PDF | 92,56:
https://www.greenpeace.de/sites/www.greenpeace.de/files/publications/20160210_positionspapier_ics-final_de_cvl.pdf

⁸ Then, Christoph: Wer CETA und TTIP sät, wird Gentechnik ernten, April 2016.